



Matthäus Strebl  
Mitglied des Deutschen  
Bundestages

## Pressemitteilung

### **Rentendebatte: „Forderungen der Linken-Fraktion unbezahlbar“ Matthäus Strebl, MdB: „Neue Frühverrentungswelle würde Rentenkasse gefährden**

Berlin. Gegen die Einführung von sogenannten „altersgerechten Übergängen“ in die Rente für alle Versicherten hat sich der CSU-Bundestagsabgeordnete Matthäus Strebl ausgesprochen. In einer Rede im Deutschen Bundestag wies er am vergangenen Donnerstag einen entsprechenden Antrag der Fraktion Die Linke zurück. Strebl warnte davor, durch unbezahlbare und unverantwortliche Schritte die derzeit gute Finanzlage der Rentenversicherung in Gefahr zu bringen.

Strebl, Mitglied im Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales, verwies darauf, dass schon seit 2012 Beschäftigte mit Erreichen des 65. Lebensjahres und nach 45 Beitragsjahren ohne die sonst fälligen Abschläge in Rente gehen können. Ferner hat die Große Koalition im laufenden Jahr die Möglichkeit geschaffen, das bereits mit 63 Jahren zu tun. Davon haben bisher 163.000 Beschäftigte Gebrauch gemacht. Dabei handelt es sich um Arbeitnehmer, die einerseits von der Wirtschaft dringend benötigt werden, andererseits aber nun als Beitragszahler für die Sozialsicherungssysteme ausfallen. Daneben gibt es – so der arbeitsmarktpolitische Experte weiter – Forderungen u.a. der EU-Kommission oder des Wiesbadener Instituts für Bevölkerungsforschung, das Renteneintrittsalter auf 70 Jahre festzulegen. Die Fraktion Die Linke wolle dagegen gar

Berlin, 08.12.2014

**Matthäus Strebl, MdB**

**Berliner Büro:**

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-74908

Email : matthaeus.strebl@bundestag.de



kein festes Renteneintrittsalter mehr. Das höre sich zunächst gut an, denn es gebe Menschen, die früher in Rente gehen wollen – und solche, die gern über das 65. Lebensjahr hinaus arbeiten würden.

Der Abgeordnete machte darauf aufmerksam, dass es bereits heute möglich ist, über das 65. Lebensjahr hinaus zu arbeiten - sofern sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer darauf einigen.

Er führte den Koalitionsvertrag an, nach dem verstärkt Anreize gesetzt werden sollen, damit – so wörtlich – „möglichst viele Menschen bei guter Gesundheit möglichst lange im Erwerbsleben bleiben und über ihre Steuern und Sozialbeiträge die finanzielle Basis unserer Alterssicherungssysteme zu stärken“.

Die Forderung nach einem flexiblen Renteneintrittsalter muss mit entsprechenden Begleitmaßnahmen bereichert werden. Dazu gehören beispielsweise altersgerechte Arbeitsplätze oder Weiterbildungsmaßnahmen. Auf der einen Seite können flexible Übergänge vielleicht Fachkräfteengpässe mindern, erklärte Strel. Auf der anderen Seite bergen sie jedoch die Gefahr in sich, neue Frühverrentungen zu fördern; daher bedarf es noch einer intensiven Diskussion. Strel erinnerte an den früheren Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD), der sich ausdrücklich dafür ausgesprochen hat, das Renteneintrittsalter an die steigende Lebenserwartung zu koppeln.

„Es ist das Recht jeder Opposition, unausgereifte Forderungen zu stellen. Die Pflicht der Regierungsfaktionen ist es, sie aus Verantwortung für das Gemeinwesen abzulehnen“, meinte Strel abschließend.